

AStA Streik-Zeitung

Uni Frankfurt - Winter 2015



Liebe Studierende und Angestellte,

zurzeit häufen sich studentische Proteste an der Goethe-Universität in vielen Bereichen. Wir als AStA freuen uns über sämtliche öffentliche und weniger öffentliche Aktionen, die die elitären Strukturen in den Fachbereichen, im Senat oder des Präsidiums ins Schwitzen bringen. In dieser Sonderausgabe der AStA-Zeitung haben wir daher verschiedene Artikel zu Grund, Notwendigkeit und Form aktueller studentischer Proteste an der Goethe-Universität (und darüber hinaus) versammelt. Aktueller Anlass dazu ist der Streik der Hilfskräfte am 16.12.2015 zu dem die GEW aufgerufen hat. Prekären Arbeitsverhältnissen, wie sie an der Goethe-Universität um sich greifen, kann nur mit gewerkschaftlicher Solidarität – über alle Statusgruppen hinweg – begegnet werden. In diesem Sinne rufen wir dazu auf sich an den Aktionen des Warnstreiks zu beteiligen und konsequent für die Demokratisierung aller universitären Bereiche einzutreten.

Euer AStA

Hrsg.	Mitgliederzeitung der verfassten Studierendenschaft der Universität Frankfurt a.M.
V. i. S. d. P.	AStA der Universität Frankfurt a.M.
Anschrift	Mertonstraße 26-28, 60325 Frankfurt a.M.
Web	www.asta-frankfurt.de
Mail	info@asta-frankfurt.de
Druck	Bechtle Druck&Verlag
1. Auflage	15.000
Jahrgang	2015

- 4 Der Protest der Hilfskräfte: Warum für einen
Tarifvertrag streiken?
- 9 Mythos Tarifvertrag
- 12 Kacke isses überall, richtig beschissen ist's bei uns.
Zur Situation am Fachbereich Medizin
- 16 Für die Unabhängigkeit der Universität!
- 20 Solidaritätserklärung mit den streikenden
Studierenden in Landau
- 21 Homohass gäbe es ja gar nicht mehr. Oder?
- 24 Vorstellung des Autonomen Inklusionsreferats &
Autonomen Behinderten-Referats der verfassten
Studierendenschaft
- 28 Rede der Fachschaft 03 zur studentischen
Vollversammlung am 22.04.2015; Neuauflage für
die Streikzeitung
- 34 Aufruf des Studierendenparlaments zum Kampf
gegen den aktuellen Entwurf des WissZeitVG

Der Protest der Hilfskräfte: Warum für einen Tarifvertrag streiken?

Hilfskraft Initiative

4

An der Uni Frankfurt arbeiten ca. 2000 Hilfskräfte in allen möglichen Instituten in der Lehre und Forschung, in Bibliotheken und der Verwaltung, im Labor und im Hochschulrechenzentrum. Sie stemmen einen großen Teil der Lehre, indem sie Tutorien geben oder die Professor*innen und Lehrenden bei der Veranstaltungsvorbereitung und -durchführung unterstützen. Auch in der Forschung arbeiten sie oft still und unerkant: sie lesen Korrektur, betreuen Experimente, kopieren, scannen und arbeiten in der Datenerhebung und -auswertung. Die Bibliotheken setzen in der Ausleihe und im Archiv auf Hilfskräfte, ohne deren Arbeit die Bibliotheken zum Erliegen kommen würden. Selbst die

universitäre Selbstverwaltung benötigt die Tätigkeiten der Hilfskräfte, sei es in der Studienberatung, Personalverwaltung oder im Hochschulrechenzentrum.

Es ist ziemlich schwer, eine Abteilung an der Universität zu finden, an der keine Hilfskraft tätig ist. Ohne diese Hilfstätigkeiten würde der universitäre Betrieb still liegen.

Unabhängig davon dass eine Hilfskraftstelle der Einstieg in eine spätere wissenschaftliche Tätigkeit sein kann, müssen Hilfskräfte wie alle anderen Studierenden dafür Sorge tragen, dass sie jeden Monat genug Geld aufs Konto bekommen, um Miete, Verpflegung, Bücher und Anderes bezahlen zu können. Somit dient die Hilfskraftstelle

der Finanzierung des Studiums und ist kein bezahltes Hobby. Durch niedrige Löhne und kurze Verträge sind die Umstände allerdings mehr als prekär. Viele Hilfskräfte haben Verträge, die kürzer als sechs Monate laufen, was zwangsläufig zu Planungsunsicherheit führt. Auch der Stundenlohn bewegt sich nur leicht über dem Mindestlohn (9 € bzw. 10,50 € mit Bachelor-Abschluss). Hinzu kommt, dass aufgrund regelmäßiger Einsparungen an der Universität häufig die Stundenzahlen der Hilfskräfte gekürzt werden, die anfallende Arbeit jedoch gleich bleibt oder zunimmt. Dies führt dazu, dass Hilfskräfte mehr Stunden arbeiten müssen als sie am Ende des Monats ausgezahlt bekommen.

Wer sich dagegen wehren will, ist häufig mit einem weiteren Problem konfrontiert. Da viele Hilfskräfte bei den Professor*innen, die sie beschäftigen, auch Prüfungen

ablegen müssen, findet sich die Hilfskraft bei Konflikten am Arbeitsplatz in einer äußerst unangenehmen Situation wieder. Doch selbst wenn dieses Abhängigkeitsverhältnis nicht besteht, ist es für Hilfskräfte aus einem weiteren Grund schwer, Missstände aufzuzeigen und Arbeitnehmer*innenrechte einzufordern. Durch die kurze Vertragslaufzeit ist es den Vorgesetzten möglich, „problematischen“ Hilfskräften, die sich z.B. beschweren oder keine unbezahlten Überstunden leisten möchten, den Vertrag nicht zu verlängern. Die Gefahr eines schlechten Arbeitszeugnisses kommt verschärfend hinzu.

Andere Angestellte der Universität, wie z.B. wissenschaftliche Mitarbeiter*innen oder administrativ-technisch Angestellte (u.a. Verwaltungsangestellte, Bibliothekar*innen), haben zwar mit ähnlichen Problemen (z.B. Befristungen und hoher Arbeitsbelastung) zu

kämpfen, doch sind sie strukturell durch einen Tarifvertrag besser gegen Rechtsverstöße geschützt und haben zusätzlich Ansprüche auf ein höheres Weihnachtsgeld, mehr Urlaubstage und regelmäßige Lohnsteigerungen. Zudem können sie sich bei Problemen an den Personalrat wenden. Hilfskräfte hingegen sind nach dem Personalvertretungsgesetz vom Personalrat ausgenommen. Außerdem sind Hilfskräfte aus dem Tarifvertrag der Universität ausgeschlossen.

Aufgrund dieser strukturellen Benachteiligung der Hilfskräfte hat sich in den letzten zwei Jahren Widerstand geregt. Hilfskräfte fordern, dass sie nicht weiter gegenüber anderen Arbeitnehmer*innen benachteiligt werden und sie dieselben Rechte zugesichert bekommen, die auch die anderen Statusgruppen an der Uni haben. Hierbei handelt es sich nicht um

eine radikale Forderung. Tarifverträge gehören in Deutschland zum Sozialstandard und sind ein gut etabliertes Instrument, um bessere Arbeitsbedingungen und einen reibungslosen Betrieb zu vereinbaren. Gerade eine öffentliche Einrichtung sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und die oft gelobte Sozialpartnerschaft konsequent umsetzen. Die aktuelle Uni-Präsidentin spricht in Bezug auf die Universität gerne von einer *Community*. Doch aufgrund solcher Benachteiligung fällt es vielen Hilfskräften schwer, sich als Teil dieser *Community* zu fühlen.

Auch die Gewerkschaften unterstützen die Forderungen der Hilfskräfte und so wurde das Thema Hilfskräfte bei den Tarifverhandlungen im Frühjahr 2015 auf die Agenda gesetzt. Trotz Senatsbeschluss vom 22.4.2015, der einer Aufnahme von Hilfskräften in den

22.4.2015, der einer Aufnahme von Hilfskräften in den Tarifvertrag zustimmt, wurden bisher lediglich Gespräche mit den Gewerkschaften GEW und ver.di über eine „tarifliche oder außertarifliche Regelung“ für Hilfskräfte geführt. Präsidentin Wolff machte immer wieder auch klar, dass es keinen Tarifvertrag für Hilfskräfte geben werde, denn damit sei die Goethe-Uni ein „Outcast“ unter den hessischen Hochschulen. Dabei haben andere hessische Universitäten bereits signalisiert, dass sie nachziehen würden, sollte die Uni Frankfurt einen Tarifvertrag für Hilfskräfte einführen. Somit wäre die Uni Frankfurt kein „Outcast“, sondern Vorreiter bei Sozialstandards und ein „Leuchtturm“ für fairen Umgang mit ihren Angestellten.

Parallel zu diesen schleppend laufenden Tarifgesprächen haben die Hilfskräfte ihren Unmut durch verschiedene

Protestaktionen gezeigt. Ob Waffeln im Senat, Betriebsblockaden oder Warnstreiks – zu der Forderung eines Tarifvertrags kam zunehmend auch der Unmut über die Verschleppungstaktik des Präsidiums. Hilfskraft AG und „Task Force Hilfskräfte“ haben nicht wirklich über eine Ausgestaltung eines Tarifvertrags für Hilfskräfte diskutiert und blieben ohne nennenswertes Ergebnis.

Daher ist klar: es muss weiter gehen mit dem Widerstand gegen diese strukturelle Benachteiligung!

Betriebsblockaden und Arbeitsniederlegungen – wie der Warnstreik am 16.12. – sind ein durchaus gängiges und legitimes Mittel bei Tarifauseinandersetzungen und Arbeitskämpfen. Die Hilfskräfte an der Goethe-Uni werden weiter für einen Tarifvertrag protestieren!



Anstatt die Forderung der Hilfskräfte nach einem Tarifvertrag ernst zu nehmen, entschied sich die Universitätsleitung dazu, Gerüchte zu verbreiten. Ein Tarifvertrag würde die Beschäftigung von Hilfskräften derartig erschweren, dass Forschung und Lehre in Gefahr wären.

Mythos Vertragslaufzeit: Bei einem Tarifvertrag können Hilfskräfte nur für zwei Jahre angestellt werden. Dadurch würden z.B. alle Tutorien wegfallen, da diese nur in der Vorlesungszeit stattfinden und dafür kein*e Tutor*in für zwei Jahre angestellt werden kann. Generell würden längere Laufzeiten der nötigen Flexibilität bei Hilfskräften entgegenstehen.

Gegendarstellung: Dieses Gerücht basiert auf dem Berliner Hochschulgesetz, das eine derartige Regelung enthält. An der Universität Frankfurt wurde dies in der Art jedoch nie gefordert und war auch nie Teil der Verhandlungen.

Mythos Einstellung: Durch einen Tarifvertrag muss jede Hilfskraftstelle vom Personalrat genehmigt werden. Dies würde die Einstellung von Hilfskräften erheblich in die Länge ziehen, sodass bei kurzfristigem Bedarf keine Hilfskräfte eingestellt werden könnten.

Gegendarstellung: Auch dieser Mythos geht auf die Regelung des Berliner Personalvertretungsgesetzes zurück. Nach dem hessischen Personalvertretungsgesetz sind Hilfskräfte von einer Vertretung durch den Personalrat ausgeschlossen. Da das Landesgesetz über dem Tarifvertrag steht, wird sich hierbei nichts ändern.

Mythos Sachmittel: Hilfskräfte werden aktuell als Sachmittel geführt. Durch einen Tarifvertrag würden sie als Personal geführt werden und könnten damit nicht weiter als Sachmitteln bezahlt werden. Dies würde vor allem bei Drittmitteln dazu führen, dass keine Hilfskräfte beschäftigt werden können.

Gegendarstellung: Wie die Universität intern Gelder abrechnet wird von einem Tarifvertrag nicht berührt. Auch mit einem Tarifvertrag können Hilfskräfte weiter als Sachmittel in Projekttöpfen erfasst werden. Wortsemantisch hingegen kann man es bedenklich finden, Menschen als Sachmittel zu bezeichnen.

Mythos Kosten: Der Kanzler hat wiederholt behauptet, ein Tarifvertrag würde zwischen 5 und 6 Millionen Euro im Jahr zusätzlich kosten und ist deshalb nicht verhandelbar.

Gegendarstellung: Die Kosten eines Tarifvertrages hängen von seiner konkreten Ausgestaltung ab. Derzeit soll der aktuelle Zustand (ohne Lohnerhöhung) tarifiert werden, wodurch auch keine zusätzlichen Kosten entstehen. Regelmäßige Entgeltsteigerungen für die Hilfskräfte, die auch alle anderen Uni-Beschäftigten erhalten, würden den Unihaushalt nicht nennenswert belasten. Die aktuelle Erhöhung macht z.B. nur 0,14 Prozent des jährlichen Gesamtbudgets der Uni aus



Gewalt
prekären
Arbeits-
beding-
ungen
an der
Goethe-UNI
HERSTATT
SoLi-
darität
mit den
Streik-
enden

Hilfskraft
Initiative
Frankfurt
Tarifvertrag für
Hilfskräfte
JETZT
facebook.com/hilfsfkt

PRÄSIDIUM
ADMINISTRAT

Kacke isses überall, richtig beschissen ist's bei uns.

Zur Situation am Fachbereich Medizin

Manuel Müller (FB 16)

12

40 Stunden Arbeit pro Woche, für 1,90€ Stundenlohn. Das ist Alltag in Frankfurter Krankenhäusern – zumindest als Medizinstudent*in im Praktischen Jahr (PJ), dem letzten Jahr des Studiums. Blutabnehmen auf Station, Haken-halten im OP und permanentes Einspringen für fehlendes Personal im ärztlichen und pflegerischen Bereich, ohne die Studierenden der Goethe-Universität würden viele Kliniken wohl kaum ohne zusätzliche Stellen über die Runden kommen. In Zeiten die eigentlich der Aus- und Weiterbildung dienen sollten, finden sich die Studierenden anstatt im Unterricht häufig nur als Lückenbüßer auf den einzelnen Stationen wieder. Der Wissenszugewinn stagniert, die künftigen Ärzt*innen werden in

wichtigen handwerklichen Fähigkeiten zum Teil kaum ausgebildet, manche Häuser streichen die vereinbarten wöchentlichen 4 freien Stunden zum Lernen mittlerweile ganz.

Doch wo das Gesundheitswesen durchökonomisiert wird, Medizin zum Geschäftsfeld verkommt, Patienten nur noch Fallpauschalen und „Kunden“ sind, Unterbesetzung grassiert und Stellenabbau zum Dogma wird, kann auf keine helfende Hand verzichtet werden, um die Quartalszahlen der Geschäftsführungen aufzubessern.

Um ein Zeichen des Protestes in Richtung Universität, Kliniken und Dekanat zu senden, nahmen Frankfurter Studierende am bundesweiten PJ-Aktionstag teil und organisierten am 08.12.2015 eine Kundgebung und



anschließende Demonstration vom Roßmarkt zur Uniklinik. Hier machten über 250 Studierende ihrem Ärger Luft. Ein Mitglied der Hilfskraft-Initiative ging in seiner Rede auch auf die derzeit mehr als problematische Haltung von Uni-Leitung und Senat zum Thema Tarifverträge an der Hochschule ein. Hier blockieren die Gremien seit langem faire und angemessene Arbeitsbedingungen für die Hilfskräfte – ein Problem, das auch am Fachbereich Medizin aktueller denn je ist. Viele Studierende warten hier teils Monate auf Geld für ihre geleistete Lohnarbeit. Die Verschleppung von Zahlungen bringt die

Betroffenen so in noch schwierigere finanzielle Situationen.

Auf der anschließenden Podiumsdiskussion zeigte sich Studiendekan Robert Sader überraschend solidarisch mit den Forderungen der Studierenden – einzelne Stimmen sprachen gar von einem Durchbruch im Kampf um Anerkennung. Überraschend sagte der Studiendekan Unterstützung beim Antrag für eine Entlohnung auf mindestens dem Niveau des BAföG-Höchstsatzes im Praktischen Jahr zu. Lehrkrankenhäuser sollen demnach in Frankfurt diesen Höchstsatz zahlen, um den Weg

für ein akademisch dominiertes PJ anstelle reiner Stations- und OP-Arbeit zu ebnet.

Künftig sollen Studierendenvertreter*innen bei den Entscheidungen zu Akkreditierungen der Lehrkrankenhäuser und deren Reevaluation anwesend sein, so Sader weiter.

Ein wirkliches Ausrufezeichen sandte der Dekan an die Lehrkrankenhäuser der Goethe Universität: Ab sofort solle es ernste Konsequenzen geben, wenn Krankenhäuser ihren Lehrauftrag im Sinne des Vertrages nicht erfüllen. Dies reiche in der Konsequenz bis zum Entzug des Status als akademisches Lehrkrankenhaus – die Goethe-Universität würde sich dann solidarisch mit ihren Studierenden zeigen und diese nicht mehr an einzelne Kliniken entsenden, die die geforderten Mindeststandards nicht einhalten. Aufgrund des jahrelang ungeahndeten Verfalls des Lehrniveaus denke das Dekanat

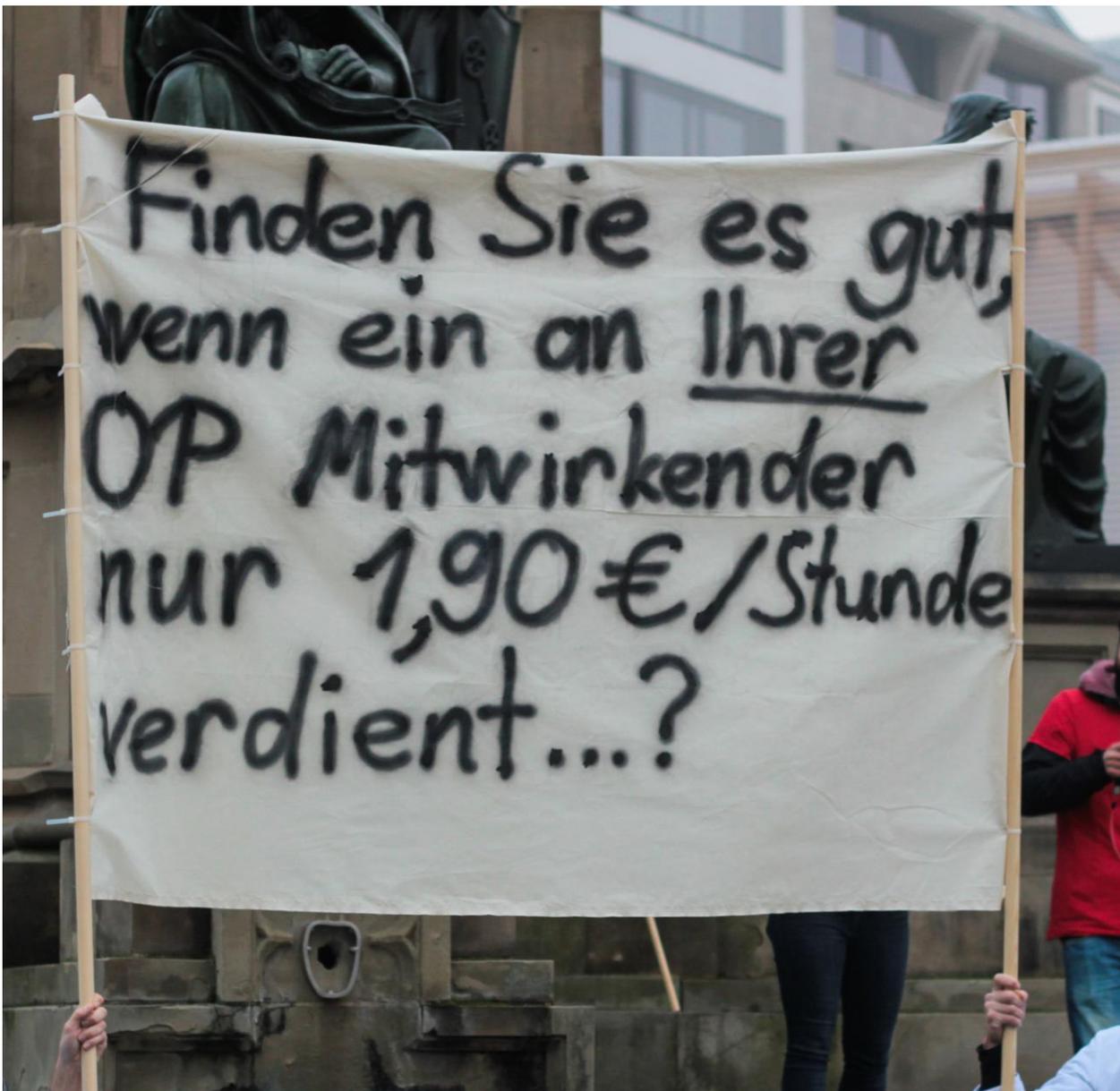
darüber nach, ein Exempel zu statuieren und einzelne, besonders schlechte Lehrkrankenhäuser von ihrem Auftrag zu entbinden. Davon würden auch die Lehrkrankenhäuser mit vorbildlicher Lehre und PJ-Organisation profitieren. Diese Ankündigung fand viel Zustimmung und ist aus studentischer Sicht ausdrücklich zu begrüßen.

Auf eine enge Zusammenarbeit mit den Studierenden solle in Zukunft mehr Wert gelegt werden, so der Studiendekan. Er stehe für einen baldigen weiteren Informationsabend zum gegenseitigen Austausch zur Verfügung und wolle sich an regelmäßigen halbjährigen Gesprächsabenden beteiligen, um für mehr Transparenz und studentische Mitsprache zu sorgen.

Was von derartigen Bekundungen zu halten ist, bleibt allerdings abzuwarten.

Viele Versprechungen wurden schon oft gemacht und selten eingelöst. Nicht zuletzt ist wohl auch die Begrenzung der Bezahlung im Praktischen Jahr auf 300€ monatlich auf Initiative des Dekanats erfolgt. Das „Gehalt“ in Kliniken, die bereit waren einen höheren Lohn zu zahlen, wurde so ebenfalls gedeckelt.

Das jetzt angekündigte Abweichen von dieser Linie stimmt jedoch grundsätzlich positiv. Sollte allerdings zu erkennen sein, dass von den getroffenen Abmachungen nur wenig bis nichts eingelöst wird, ist die Studierendenschaft zu weiteren Maßnahmen bereit. Der nächste bundesweite PJ-Aktionstag ist schon in Vorbereitung.



Für die Unabhängigkeit der Universität! Karriere ist eine Fiktion, Ungleichheit die Realität.

Initiative für Egalitäre Wirtschaftswissenschaften

Auch am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften regt sich Protest gegen die aktuellen universitären Strukturen. Ziel des Protests war vor zwei Wochen die sogenannte Dean's List. Auf der Dean's List stehen die 5% notenmäßig besten Studierenden. Sie werden jedes

Semester vom Dekanat der Wirtschaftswissenschaften zu einem feierlichen Akt eingeladen, um für ihre Leistungen geehrt zu werden. Ihnen wird Anerkennung versprochen. Anerkennung, auf die sie in der Kultur des Fachbereichs von Massenstudium, Klausuren,

16



Nicht-Wertschätzung, Intoleranz für nicht-unternehmerische Lebensentwürfe und Mangel an Pluralität lange warten können. Doch die Veranstaltung ist keineswegs für die Studierenden, sie gilt den Unternehmen. Die Universität leistet gegen einen Betrag von bis zu 7.500 Euro eine Dienstleistung für die Unternehmen, indem sie ihnen exklusiven Zutritt zur Veranstaltung verschafft und es ihnen darüber hinaus ermöglicht, die Studierenden mit exklusiven Veranstaltungen, Praktika und Kaminabenden mit Führungskräften über einen Mailverteiler zu ködern. Die Initiative Egalitäre Wirtschaftswissenschaften ist nicht mehr bereit, dies hinzunehmen. Studierende sind keine Ware der Universität, ein Humankapital, das man nach den Wünschen der Privatwirtschaft ausbildet. Erziehung zur Mündigkeit statt Ausbildung zum Humankapital! So haben wir die Veranstaltung mit unserem Protest gestört. Mit

Konfetti, Geldscheinen und lauter Musik. Die Studierenden des Fachbereichs 02 beginnen, sich zu positionieren. Auch in den Wirtschaftswissenschaften ist es Zeit für Veränderung und studentisches Mitspracherecht!

Augenscheinlich bestehen enge Verbindungen und Analogien zwischen der Konzeption der Dean's List und den Verhältnissen am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften.

Somit stellt sich nicht nur die Frage nach der Legitimität der Dean's List, sondern auch die nach der Legitimität des Aufbaus des Fachbereiches. Die Dean's List ist nicht Ursache für die Umstände am Fachbereich 02, sondern ein Teilaspekt, der sich in ein ganzes Konglomerat aus Drittmittelfinanzierung, Einseitigkeit der Lehre und kompetitivem Studienaufbau einreihet: Die Einnahmen durch Drittmittel der Goethe-Universität sind in den letzten Jahren um mehr als 60 Millionen auf 182 Millionen Euro



Das einzig knappe Gut ist die
Unabhängigkeit der Lehre
Erziehung zur Mündigkeit statt
Ausbildung zum Humankapital

gestiegen. Sie decken heute ein Drittel des Gesamtbudgets. Zahlreiche Stiftungsprofessuren werden direkt von Branchenverbänden, Banken und Unternehmen finanziert. Selbstoptimierung und Anpassung bilden den Kern der im Studium der Wirtschaftswissenschaften vermittelten Inhalte, während kritisches Hinterfragen, Diskussions- und Forschungskompetenzen vernachlässigt werden. Vielen Studierenden ist das bewusst und auch unangenehm. Die Veränderlichkeit dieser Strukturen wird aber zu selten erkannt und reflektiert. Diese Frage stellt sich nicht nur am Fachbereich 02, sondern auf allen Ebenen der universitären Strukturen.

Paradigmatisch für dieses Ungleichgewicht steht die Dean's List, die „feine Auslese“. Jene elitäre Rekrutierung junger Studierender schmückt nicht nur die Biographie, sie schmückt auch das Konto unserer Universität. Die frei wählbare

Bildung wird unterminiert von Privatunternehmen und von den Verhältnissen, die dafür verantwortlich sind, dass sich Reichtum konzentriert und Ungleichheiten verschärfen. Wir wollen unsere Identität selbst wählen, nicht abhängig sein von externen Statuten. Wir fordern Gleichheit und Selbstbestimmung, für unabhängiges Wissen und gegen das Diktat der elitären Rekrutierung. Wir sind kritisch, wir sind frei, wir sind selbstbestimmt, wir sind emanzipatorisch.

Unterstützt uns, fühlt ihr ähnlich. Der Ansatz besteht darin, den Konsens zwischen Universität und Ökonomie aufzulösen. Aufbau, Ablauf und Mechanismus des Studiengangs sowie unserer Universität müssen einem Ideal unterliegen, das wir selbst bestimmen.

Solidaritätserklärung mit den streikenden Studierenden in Landau

Resolution des Studierendenparlaments Uni Frankfurt

20

Die Studierendenschaft der Goethe-Uni FFM solidarisiert sich mit dem seit Montag andauernden Streik der Studierenden der Uni Koblenz-Landau am Campus Landau. Seit Montag ist in Landau das Audimax besetzt, der Hauptcampus wurde bereits Montag bis Mittwoch nahezu vollständig bestreikt. Am Donnerstag war von 6 bis 20 Uhr die komplette Uni geschlossen, Streikposten befanden sich von der kleinsten Außenstelle bis zu jedem Gebäude auf dem Campus. Die Studierenden protestieren gegen diese Studienbedingungen von 60 Leuten in einem Seminar – das kommt uns sehr bekannt vor. Hintergrund ist eine strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen, wodurch diese in Konkurrenz gesetzt werden können – mit diesem Programm

Konkurrenz gesetzt werden können – mit diesem Programm wird eine intensivere Warenförmigkeit von Wissenschaft angestrebt. Gegen diesen Prozess stellt sich die Studierendenschaft der GU FFM an die Seite der Studierenden und Mitarbeiter*innen in Landau, die hiergegen protestieren.

Auch den Protest gegen prekäre Arbeitsverhältnisse in Landau unterstützen wir ausdrücklich – befinden sich doch auch die Studentischen Beschäftigten in Frankfurt in einem Tarifkampf gegen das Uni-Präsidium. Den Befristungswahn, gegen den auch in Landau protestiert wird, lehnen wir bei allen Angestellten an Hochschulen ab.

Für den Streik, in Landau, in Frankfurt und überall! Gegen Ökono-misierung und Ausbeutung in der Wissenschaft!

Homohass gäbe es ja gar nicht mehr. Oder?

Schwulenreferat

Wir Tunten¹ vom Schwulenreferat,

Homophobie, Sexismus und andere Kackscheiße: Wir sind es leid! Leid sind wir es auch an der Uni! Besonders an der Uni!

Homohass gäbe es ja gar nicht mehr. Oder? Ein Erfahrungsbericht:

Ich sitze das gesamte Semester mit einem anderen Menschen zusammen in einem Seminar. Wir unterhalten uns gut, die Diskussionen sind produktiv und wir haben gemeinsam Spaß am Thema. Laufen wir uns außerhalb der Veranstaltung über den Weg, reden wir meist kurz miteinander oder grüßen uns zumindest.

Im Folgesemester kommt jedoch ein Tag, der mich enttäuscht. Ein Tag voller Kackscheiße...

Der andere Mensch steht vor einem Veranstaltungsraum. Offensichtlich wieder eine Veranstaltung, die wir beide besuchen. Dieses Mal steht er dort allerdings nicht alleine, sondern mit seinen "Kumpels".

Tuntig-galant, wie eh und je, stolziere ich auf ihn zu und begrüße ihn. Seine Freunde werfen mir irritierte Blicke zu, schauen ihn ebenso irritiert und erwartungsvoll an, nachdem ich ihn begrüße.

Anstatt mich ebenso zu begrüßen und sich kurz mit mir zu unterhalten, ignoriert er mich

21

¹Der Begriff "Tunte" ist eine emanzipatorische Selbstbezeichnung. Die Tunte, vom Geschlecht unabhängig, bricht durch starke Überzeichnung bestimmter, geschlechtlich konnotierter Merkmale traditionelle Geschlechterrollen auf. Dies führt oft zu Abwehr, Hass oder zumindest Irritationen. Damit ist sie politisch.

vollständig und verfällt in einen Zustand von homophober Schockstarre.

Ich, daraufhin sichtlich irritiert, ziehe es vor, mich zu distanzieren.

Im Seminar selbst sehe ich immer wieder aus dem Augenwinkel, wie der Mensch und seine Freunde mich angewidert und abschätzig anschauen.

22

Für mich steht fest, dass ich mich davon nicht unterkriegen lasse. So geht es auch vielen Menschen in meinem näheren Umfeld, die mitunter weitaus heftigere Erfahrungen gemacht haben. Wir werden nicht nachgeben, uns nicht anpassen!

Abartige, Perverse, Ausgestoßene, Lesben, Bisexuelle, Schwule, Trans*Personen (ob binär oder nicht-binär), Menschen mit Behinderung, mehrfach Diskriminierte, People of Color, Pansexuelle, Polyamore und alle anderen marginalisierten Menschen: Findet euch zusammen! Lasst uns zusammen etwas bewegen! Schreibt uns!

Ihr erreicht uns unter:
Uni.Frankfurterschwule@gmail.com



Vorstellung des Autonomen Inklusionsreferats & Autonomen Behinderten-Referats der verfassten Studierendenschaft

Inklusionsreferat

Was wir wollen:

„Integration“ bedeutet nicht, bislang Ausgegrenzte irgendwie zu integrieren, sondern allen Menschen von vornherein die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten auf allen Ebenen und in vollem Umfang zu ermöglichen.

24

Wir wollen eine gesundheitsfördernde Hochschule und Studium (sprich: mehr UNIABILITY) für euch erreichen. Wir fordern ein barrierefreies Studium, d.h. nicht nur mehr Nachteilsausgleiche bei Prüfungen, sondern auch:

-Mehr digitalisiertes Material und Audiomaterial für von Seh- und wahrnehmungsbehinderung Betroffene,

-Mehr Ruhe- und Rückzugsräume für Studierende mit Neurodiversitäten (ADHS,

Asperger/Autismus) bzw. für psychisch Beeinträchtigte und anders gesunde Studierende,

-Bessere Verbindungswege für Rollifahrer*innen,

-Orte, an denen Leute, die nicht in der Mensa essen können (Nahrungsmittelallergiker*innen und Hypersensible), ihre Mahlzeiten aufwärmen und zu sich nehmen können,

-Die Förderung von Wissenschaft und Forschung zur Konstruktion von Behinderung, zu Barrierefreiheiten und zu Disability Studies,

-Die Stärkung der Rechte und Wahrnehmung von anders gesunden, chronisch erkrankten und schwer behinderten Studierenden, Promovierenden und auch aktiven Alumni an der Uni.

Inklusion bedeutet Elektrifizierung, vollständige Digitalisierung und Barrierefreiheit!

Was wir machen:

Wir lesen und diskutieren gemeinsam Texte der Disability Studies, sammeln barrierefreie Materialien aus allen wissenschaftlichen Fachgebieten und haben Datenbanken zu Audio und Filmen angelegt.

In einigen Gebäuden der Uni gibt es bereits Ruheräume, die über unsere Schlüsselvergabe oder die der Pforten zugänglich sind. Sie finden sich in Bockenheim in der Neuen Mensa, am IG-Campus im ersten Stock des IG-Farben-Hauses und im ersten Stock des PEG-Gebäudes.

Auch Räume für regelmäßige Gruppentreffen, die ihr im Bereich der Disabilities organisieren möchtet, buchen wir für euch bei der Hörsaalverwaltung.

Wir freuen uns auf euch und beraten, informieren, unterstützen euch gerne.

Schon gewusst?

Behinderung bezeichnet eine dauerhafte und gravierende Beeinträchtigung der Möglichkeit an gesellschaftlicher Teilhabe. Sowohl bekannte Handicaps wie Blindheit, Gehörlosigkeit, Wahrnehmungsbehinderungen und Querschnittslähmung, sondern auch chronische Erkrankungen wie Diabetes, Rheuma oder Depressionen.

Auch Menschen mit nicht sichtbaren bekannten Erkrankungen und Neurodiversitäten wie zum Beispiel Autismus, Asperger und ADHS haben ein Recht auf Nachteilsausgleiche wie eine längere Regelstudienzeit, angepasste Lern- und Prüfungsbedingungen, also Leistungen der Gleichstellung und Integration.

Dabei stellen Menschen mit Behinderung(en) keine kleine Randgruppe dar, sondern mit 11% der Bevölkerung der EU eine der größten Minderheiten.

Es ist nicht Aufgabe des Menschen mit Behinderung(en), sich an die Mehrheitsgesellschaft gesundheitlich anzupassen, sondern seine in der UN Charta

verankerten Rechte wahrzunehmen und zu fordern.

Auf dass sich das Leben für ihn möglichst barrierefrei gestaltet!
Gemeinsam rollen wir voran!

Kontakt

Referentin:

Danielle Lichère

Raum:

PEG Gebäude, 1. Stock,
Raum 1.G059 (Ruheraum)

E-Mail:

inklusionunifrankfurt
@gmail.com

Facebook:

<https://www.facebook.com/inclusion.ffm/?ref=hl>



Rede der Fachschaft 03 zur studentischen Vollversammlung am 22.04.2015; Neuauflage für die Streikzeitung

Fachschaft 03

Die Fachschaft Gesellschaftswissenschaften sieht es als ihre Aufgabe, sich kritisch mit der zunehmend neoliberalen Umstrukturierung der Universität und insbesondere des Fachbereichs (FB) 03 auseinander zu setzen.

28 In Kämpfen um Freiräume, eine Tarifvertrag für Hilfskräfte und andere Dinge zeigt sich immer wieder, dass viele Studierenden nicht die gleichen Interessen wie das Präsidium oder die Dekanate haben. Auch wenn letztere das teilweise so darstellen und gerne von der „scientific community“ sprechen. Deshalb müssen wir gemeinsam über Inhalte diskutieren und geeignete Strategien finden, das durchzusetzen, was für uns Studierende wichtig ist.

Ein wichtiger Punkt, für den wir uns als Fachschaft am FB 03 einsetzen, ist die stärkere Verankerung der Kritischen Theorie sowie einem materialistischen Gesellschaftsverständnis in Lehre und Forschung. Bei Veranstaltungen und in der Außendarstellung schmückt sich die Uni gerne mit großen Namen wie Adorno und Horkheimer. Doch in der Praxis der Sozialwissenschaften wird die kritische Tradition immer weiter marginalisiert.

Die Umstrukturierung zeigt sich nicht nur in dieser Marginalisierung, sondern auch in der aktiven Ausbreitung anderer Ansätze. So gab es letztes Jahr am FB 03 den Versuch der empirisch analytisch arbeitenden ProfessorInnen ein „Center for

Empirical Research“ einzurichten, um auch in der Außendarstellung ein neues Bild des Fachbereichs zu etablieren. Dies gelang in dieser Schärfe vorerst nicht. Jedoch gilt es bei jeder Professur-Neubesetzung wieder ein Stück kritische Lehre und Forschung zu erhalten oder zu erkämpfen.

Die Verschiebung der Ausrichtung schlägt sich bereits jetzt konkret in der Lehre nieder. Die wenigen Seminare mit kritischen Inhalten sind überfüllt. Im Propädeutikum, der Einführungsveranstaltung für Erstsemester im Bachelor, musste einige Zeit lang explizit ein Exposé für eine empirische Arbeit geschrieben werden. Hier wurde theoretisches Arbeiten von vorne herein als unerwünscht und unnötig angesehen. Dieser Engführung der sozialwissenschaftlichen Perspektive konnten wir inzwischen entgegenwirken.

Es gibt aber ein paar Errungenschaften, die es gilt zu erhalten und zu stärken. Sie zeigen uns, dass eigene Gestaltung in gewissem Maße möglich ist und als Ansatz für emanzipatorische Politik genutzt werden kann. So kann die Fachschaft jedes Semester einige so genannte Autonome Tutorien (AT) finanzieren. **Autonome Tutorien** sind Seminare, die von Studierenden für Studierende angeboten werden. Sie greifen die Interessen aus der Studierendenschaft direkt auf und bieten die Möglichkeit sich vertieft mit Themen auseinander zu setzen, die im Hochschulalltag ansonsten nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die ATs sind aus Studiengebührenerersatzmitteln finanziert, die ausdrücklich zur Verbesserung der Lehre und des Studiums gedacht sind. Am FB 03 müssen diese Mittel momentan jedoch auch zur Konsolidierung des Haushaltes herhalten. Mit einer



G.P.

GRIP*ONE

Rhetorik des alternativlosen Sparzwangs, bei dem das Dekanat die Verantwortung für seine Politik auf Zwänge aus dem Präsidium abschiebt, wird die Finanzierung der ATs immer wieder angezweifelt und zu blockieren versucht (das Dekanat schreckt nicht einmal davor zurück, die eigene Haushaltslage mit der Griechenlands zu vergleichen). Klar ist jedoch, dass vor allem nicht erwünscht ist, dass Studierende selbstständig und kritisch denken und sich gemeinsam über gesellschaftlich relevante Themen austauschen, statt die Uni nach dem in der Studienordnung vorgesehen Scheinerwerb gleich wieder verlassen.

Anfang des Jahres hat auch die neue Präsidentin der Universität unseren Fachbereich besucht; angeblich, um mit diesem in Dialog zu treten. Vermeintlicher Dialog und runde Tische sind beliebt an dieser Uni. Das neuste

Beispiel dieses Totredens von Problemen und Forderungen ist die seit Monaten ergebnislos tagende Task Force zum Tarifvertrag für Hilfskräfte. Solche Strukturen sollen die Einbindung von Studierenden in die Entscheidungsprozesse suggerieren. Relevante Ergebnisse werden dabei kaum erzielt. Ohne Druck von unserer Seite wird die strukturell bevorteilgte Unileitung ihre Interessen einfach außerhalb von Gremien und Dialog durchsetzen.

So war auch das Gespräch mit der Präsidentin nur eine weitere Präsentation ihrer neoliberalen Idee einer drittmittelfinanzierten Eliteuni, in der Studierende keine große Rolle spielen. Statt Harvard am Main, wie es sich der vergangene Unipräsident wünschte, sollen wir nun Teil der High-Tech Strategie des Bundesministeriums für Forschung werden. Gleich an beiden Konzepten ist, dass Ausschlüsse und strategische Diskrimin-

nierungen notwendige Grundlage universitärer Bildung sind, und nur die sowie so schon Privilegierten und nur sehr bestimmte Themenbereiche gefördert werden sollen. „Ideologisches Geschwafel“, wie es zumindest nach dem Präsidium Teile der Kritischen Theorie seien, bräuchte man dagegen nicht. Dass ein wahres Verständnis von Gesellschaft nicht offensichtlich ist und dazu etwas Mühe und Willen braucht, um nicht beim unverstandenen „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ stehen zu bleiben, ist der Präsidentin wohl verborgen geblieben.

Soweit einige Einblicke in den Unialltag mit dessen

prominenter Verwertungslogik und den hierarchischen Strukturen. Anstrengend und frustrierend sei das, sagen und denken jetzt vielleicht viele und freuen sich insgeheim, bald wieder hier weg zu sein. Die Uni sollte aber nicht nur als Durchgangspunkt gesehen werden, den man ja eh bald wieder verlässt und an dem es sich nicht zu kämpfen lohnt. Wer dieser Logik folgt, wird diese ebenfalls bei seinem Nebenjob haben. Den hat man ja nur kurze Zeit. Doch auch am Arbeitsplatz nach Ende des Studiums werden zumindest die meisten keine durchgängige Karriere an einem gleichbleibenden Ort haben und es werden sich überall ähnlich Probleme wiederfinden.

So sollten wir uns an der Uni sowohl als Akademiker*innen, die zumindest einen gewissen Raum haben, sich mit wissenschaftlichen Themen in der Tiefe auseinanderzusetzen, als auch als Arbeitnehmer*innen an und außerhalb der Uni ernst nehmen und uns gemeinsam für unsere Interessen einsetzen.

Mit Blick auf andere Bereiche der Gesellschaft zeigt sich, dass die Probleme innerhalb und außerhalb der Uni ähnliche sind und von der gleichen Grundstruktur herrühren – Unterwerfung unter die Konkurrenzlogik, Marginalisierung und Diskriminierung gewisser Gruppen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, neoliberale Sparpolitik. Deshalb lohnt es hier an der Uni, an der wir gerade einen Lebensabschnitt verbringen und von deren Verhältnissen wir ganz akut betroffen sind, sich für Verbesserungen einzusetzen. So können Kämpfe um

Freiräume auf dem Campus, bei den Inhalten oder für Arbeitsbedingungen, die nicht so prekär sind, dass keine Zeit zur Reflexion bleibt, auch ein erster Schritt zu einer breiteren Gesellschaftskritik sein.

Damit ist jedoch klar, dass verschiedene Kämpfe an der Uni und außerhalb dieser zusammenhängen und besser vernetzt werden müssen. Auch wer nicht Hilfskraft ist, sollte ein Interesse an guten Arbeitsbedingungen für diese haben. Sie wirken sich auf die Qualität der Lehre aus, aber vor allem stützt prekäre Beschäftigung an der Uni solche Verhältnisse auch anderswo. Und wir sind und werden alle Teil dieser sein. Deshalb wollen wir gemeinsam den Zwängen, die uns umgeben, entgegentreten und zeigen, dass wir mit fundierter Analyse, Solidarität und Kampfgeist weiter kommen als mit geheuchelter Freundlichkeit, Vereinzelung und Ellenbogenmentalität.

Aufruf des Studierendenparlaments zum Kampf gegen den aktuellen Entwurf des WissZeitVG

Studierendenparlament Uni Frankfurt

34

Das Studierendenparlament der Goethe-Universität Frankfurt am Main ruft alle Studierenden, Fachschaften und Hochschulgruppen in Frankfurt und darüber hinaus dazu auf, sich gegen den vorliegenden Entwurf des Wissenschaftszeitvertrags (WissZeitVG) zu engagieren.

Die Novellierung des WissZeit-VG sieht eine Reihe von lange überfälligen Verbesserungen für studentische Hilfskräfte (SHK) vor. Hierzu zählt endlich die Trennung der Beschäftigungsdauer als SHK von der Beschäftigungsdauer auf Qualifizierungsstellen (i.W. Doktorandenstellen). Damit werden erfolgreich die Bemühungen des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (HMWK) vereitelt, genau solche eine Anrechnung mit der

Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) auch in Hessen einzuführen.

Der Entwurf beinhaltet jedoch auch zwei Neuregelungen, die wir Studierenden in keiner Weise akzeptieren können. So begrenzt er die maximale Beschäftigungsdauer als SHK auf vier Jahre ohne eine wie auch immer geartete Möglichkeit zur Verlängerung. Dass hierbei die in einem früheren Entwurfsstadium vorgesehene Sechs-Jahresgrenze gekürzt wurde, ist für uns einmal mehr Beweis für den bildungspolitischen Realitätsverlust der Bundesregierung. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf (Drs. 395/15) die Erhöhung der maximalen Befristungszeit auf 6 Jahre

gefordert. Dies reicht jedoch nicht aus. Bereits heute müssen gerade in einer so teuren Stadt wie Frankfurt viele Studierenden ihren Bachelor um mindestens ein Jahr verlängern, um sich durch studienbegleitende Arbeit finanzieren zu können. Mit einer maximalen Befristungsdauer von 6 Jahren bleibt dabei keinerlei Puffer mehr für das Masterstudium, in dem natürlich ebenfalls Verzögerungen entstehen werden.

Die fehlende Verlängerungsdauer macht es dabei unmöglich, Familiengründungen und individuelle Schicksale zu berücksichtigen.

Die Regelungen strafen die gern zitierte familienfreundliche Bildungsrepublik Lügen. Mit der Umsetzung des Entwurfs wird die Attraktivität einer akademischen Karriere insbesondere für Frauen weiter abnehmen. Hochqualifizierte Studierende werden in die Wirtschaft getrieben und eine

Familiengründung im jungen Alter wird quasi unmöglich. Zusätzlich wird das ohnehin kaum noch „frei“ nennbare Studium weiter beschnitten.

Das Studierendenparlament fordert daher folgende Nachbesserungen im Gesetzentwurf:

- Abschaffung der maximalen Befristungsdauer

- Anwendung der unter §2 Absatz 1 Satz 4 vorgesehenen Möglichkeit zur Verlängerung der maximalen Befristungsdauer auch auf studentische Hilfskräfte und Berücksichtigung weiterer besonderer Lebensumstände

- Alternativ müssen die Rahmenbedingungen für SHK-Dauerstellen geschaffen werden. Der Forderung nach der längst überfälligen besseren Finanzierung der Hochschulen wird dadurch noch mehr Nachdruck verliehen.



तस्त 